

Ostschweizer Regierungen gegen Pistenausbau

Thurgau: «Flughafen ist Bundessache»

ark. Die Region Ost wehrt sich gegen den Ausbau der Westpiste 10/28 am Flughafen Zürich. An der gut besuchten Mitgliederversammlung des Zusammenschlusses von 86 östlich des Flughafens gelegenen Städten und Gemeinden in Sirnach (TG) vom Dienstag verankerten die Anwesenden einen entsprechenden Passus in der Charta der Organisation. Die Haltung der Region Ost wird von den Regierungen der Kantone Thurgau und St. Gallen unterstützt. Dies bekräftigten der Thurgauer Baudirektor und Regierungspräsident Hans Peter Ruprecht sowie der St. Galler Volkswirtschaftsdirektor Josef Keller.

Ruprecht hofft in der Flughafenpolitik zur Eindämmung der Zürcher Dominanz auf stärkeren Druck aus Bern. «Der Flughafen wäre längst Bundessache, er beeinflusst mittlerweile rund zwei Drittel des Landes.» Darin habe ihm kürzlich auch Bundesrat Leuenberger recht gegeben, sagte Ruprecht. Er beklagte das fehlende Gewicht des Thurgaus im SIL-Prozess: «Obwohl wir bis vor Bundesgericht gegangen sind, ist uns der Platz am SIL-Tisch verwehrt geblieben.» Nun versuche man in enger Zusammenarbeit mit den zugelassenen Kantonen Schaffhausen und Aargau Einfluss auszuüben; dies, obwohl man nicht durchwegs die gleichen Ziele verfolgt. So forderte Ruprecht etwa eine möglichst schnelle Einführung des gekröpften Nordanflugs, ein Ansinnen, das von der Aargauer Regierung fast kompromisslos abgelehnt wird.

Auch der St. Galler Regierungsrat Keller ist unzufrieden mit dem geringen Einfluss seines Kantons. Man sei nicht einverstanden mit den Plänen für eine SIL-Variante mit Pistenverlängerung, sagte er. Im Einvernehmen mit seinem Thurgauer Kollegen forderte er, dass sämtliche Regionen rund um den Flughafen einen Teil des Fluglärms übernehmen müssten. Es sei ein «no go», wenn die Zürcher Regierung den Ostanflug so stark forcieren wolle, wie sie dies einst mit dem Projekt «Relief» skizziert habe. Er betonte, dass St. Gallen im Süden ebenfalls betroffen sei, namentlich an seinem Wohnort Rapperswil-Jona, und bereit sei, einen Teil Südanflüge zu tragen.

Auch Region-Ost-Präsident Michael Künzle unterstrich die Bereitschaft, einen Teil des Lärms zu übernehmen, allerdings dürfe dieser nicht im Osten kanalisiert werden. Deshalb habe man auch den ZFI abgelehnt, sagte Künzle. Dabei handle es sich klar um eine «Kanalisierungs-Vorlage». Als wichtige Anliegen im laufenden Jahr hob er neben dem Engagement gegen eine Pistenverlängerung die Unterstützung der beiden hängigen Behördeninitiativen hervor. Diese fordern eine Plafonierung bei 320 000 Bewegungen mit 8 Stunden Nachtruhe beziehungsweise ein Moratorium für Änderungen am Pistensystem.